

Entgeltrahmentarifvertrag für Arbeiter und Angestellte

Einigung über die Tarifreform

Die Tarifreform für die Metall- und Elektroindustrie in Berlin und Brandenburg steht. Die IG Metall und der Verband der Metall- und Elektroindustrie Berlin-Brandenburg einigten sich am 14. April auf einen Entgeltrahmentarifvertrag für Arbeiter und Angestellte (ERA).

Kern des neuen Tarifvertrags mit einer Laufzeit bis 2011 ist ein einheitliches System zur Bezahlung von Arbeitern und Angestellten. Statt Lohn und Gehalt gibt es nach Einführung des ERA in den Betrieben künftig ein Entgelt. Dessen Höhe wird davon bestimmt, welche Anforderungen an Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten an jedem konkreten Arbeitsplatz gestellt werden.

»Die Einführung von ERA in Berlin und Brandenburg ist ein Erfolg und ein wirksames Instrument zur Zukunftsgestaltung. Das veraltete Prinzip, bei der Bezahlung zwischen Arbeitern und Angestellten zu unterscheiden, wird damit endlich abgeschafft«, sagte Olivier Höbel, Verhandlungsführer für die IG Metall. Das neue Tarifwerk belege die Re-



Fotos: Transit Berlin



ERA kommt auch für den Berliner Aufzugbauer Otis. Dann gilt: Egal ob Ost oder West, Mann oder Frau, Arbeiter oder Angestellte: Gleichwertige Arbeit wird nach dem neuen Tarifsystm gleich bezahlt

formfähigkeit und Betriebsnähe des Flächentarifvertrags.

Im neuen Entgeltrahmentarifvertrag sind insgesamt 13 Entgeltgruppen definiert. Sie bewerten und beschreiben die Tätigkeiten – beginnend mit un- und

angelernter Arbeit über qualifizierte Facharbeit bis hin zur Tätigkeit von Beschäftigten mit akademischer Bildung.

Nun sind die IG Metall und die Betriebsräte gefordert, die Veränderungen gemeinsam mit

den Unternehmen umzusetzen. Der neue Tarifvertrag bietet eine große Chance, die Bezahlung leistungsgerechter zu gestalten und sie den veränderten Bedingungen der modernen Arbeitswelt anzupassen. ◀

Ostdeutsches Kfz-Handwerk

Proteste und Warnstreiks für neuen Flächentarif



Foto: z. Wolfgang Zeyen

Autokorso am 6. April in Leipzig: Druck für einen neuen Flächentarifvertrag

Der Unmut über die Tariffucht der Arbeitgeber im ostdeutschen Kfz-Gewerbe wächst weiter – ebenso wie die Mitgliederzahl der IG Metall in den Betrieben. Bei örtlichen Protestaktionen und Warnstreiks wird deutlich: Bleiben die Kfz-Innungen und Landesverbände stur bei ihrer Linie, Tarifverträge nur noch freiwillig über einen Scheinverband abschließen zu lassen, riskieren sie viel. Die »Tarifverträge sind ausgelaufen, wir wären also streikfähig«, sagte Gerd Schulz, Tarifsekretär der Bezirksleitung in Berlin. ◀



Foto: z. Peter Friedrich

Potsdam: Warnstreik mehrerer Kfz-Handwerksbetriebe mit Kundgebung vor dem Innungsverband

Volkswagen – Gläserne Manufaktur Dresden

»Endlich ein Aufbruchsignal«

Die 400 Beschäftigten in der Gläsernen Manufaktur von Volkswagen in Dresden atmen auf. Ab Mitte des Jahres wird in dem Vorzeigewerk in der Elbestadt ein weiteres Luxusauto gebaut: Der »Bentley Flying Spur«. Die Vorbereitungen dafür laufen schon.

Ein neuer Tarifvertrag, den IG Metall und Betriebsrat mit VW aushandelten, machte den Weg frei für diese Standortentscheidung der Konzernführung. »Das ist für die Belegschaft ein Aufbruchsignal«, sagt der Betriebsratsvorsitzende Ullrich Jentzsch. Bis zum Beginn der Verhandlungen hatte sich enormer Frust aufgebaut. »Immer mehr Leute rutschten mit ihren Arbeitszeitkonten ins Minus, weil das Werk nicht ausgelastet war. Gleichzeitig drängte VW auf Einsparungsmaßnahmen zur Produktivitätssteigerung. Rechnerisch standen



Tarifvertrag sichert Zukunft: Volkswagen in Dresden

70 Arbeitsplätze auf der Kippe«, berichtet Jentzsch.

Betriebsrat und IG Metall dagegen setzten auf die Chance für eine zweite Produktlinie, die VW schon bei der Eröffnung der Manufaktur angedacht hatte. Der Kompromiss wurde mit dem am 15. Februar in Kraft gesetzten Tarifvertrag gefunden. Er sichert die Arbeitsplätze bis 2011 und schließt betriebsbedingte Kündigungen aus. Die Jahreseinkommen werden nicht abgesenkt, die

Tarifarbeitszeit nicht verlängert. Für die Angestellten wurde allerdings ein Leistungsbeitrag von 50 Stunden jährlich vereinbart.

Die Prämienregelungen bleiben bestehen. VW wollte den Anteil der variablen Prämienbestandteile erhöhen und dafür die festen Leistungsprämien senken.

Im Gegenzug gibt es 2005 statt der Tarifierhöhung eine Einmalzahlung von 500 Euro. Die Flexi-Arbeitszeitkonten wurden von 200 auf 400 Plus-Minus-Stunden erweitert. 15 Stunden davon bringen die Arbeitnehmer bei der Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen ein. Neben höheren Qualitätszielen wurde ein Paket zur Produktivitätssteigerung verabschiedet. Der ERA-Tarif wird nicht eingeführt, aber das in der Manufaktur seit 2001 für Arbeiter und Angestellte geltende gemeinsame Entgeltsystem wird fortgeführt.

Außerdem wird ab jetzt jährlich in Dresden ein Zukunftssymposium organisiert, auf dem die betrieblichen Interessenvertreter mit der Konzernführung die weitere Entwicklung der Manufaktur erörtern. »Dieser Punkt ist uns sehr wichtig, denn so sind wir nicht mehr allein auf Informationen unserer Geschäftsführung angewiesen. Wir kommen nun regelmäßig mit den Entscheidern von VW an einen Tisch und können unseren Standpunkt direkt einbringen«, sagt Ulrich Jentzsch.

Die betriebliche Tarifkommission nahm das Ergebnis nach Diskussion mit den Vertrauensleuten einstimmig an. Er gilt für Beschäftigte, »so weit sie Mitglied der IG Metall sind«. Das führte zu nervösen Nachfragen bei der Personalchefin. »Warum so aufgeregt? Wer vom Tarifvertrag profitiert, sollte überlegen, sich lieber solidarisch mit den Metallern verbünden«, sagt Jentzsch und lächelt. ◀

Sachsens DGB-Chef zu Arbeitsmarktreformen

100 Tage Hartz IV – aber es ging keinen Schritt vorwärts

100 Tage nach Einführung der Arbeitsmarktreform hat Sachsens DGB-Vorsitzender Hanjo Lucassen kritisch Bilanz gezogen. **metall** sprach mit ihm.



Hanjo Lucassen

wenig früh für sichtbare Erfolge der Reformen?

Lucassen: Gegenfrage: Ist es normal, dass 100 Tage nach Einführung der Reform immer

Haushalte, in denen ein Partner Arbeit hat und der andere unter Hartz IV fällt, müssen bluten. Neue Arbeit aber ist nicht in Sicht.

metall: Was ist am schlimmsten an den Arbeitsmarktreformen?

Lucassen: Dass sie nicht wirken. Das wichtigste Ziel, nämlich eine verbesserte Vermittlung und Betreuung der Arbeitslosen, wurde bisher nicht erreicht.

metall: Ist es nicht noch ein

noch Chaos herrscht? Das ist so in den Arbeitsgemeinschaften, die von Kommunen und Arbeitsagenturen gebildet wurden, und das ist so in den optierenden Kommunen. Den Schaden haben die Arbeitslosen, die oftmals mit widersprüchlichen Auskünften abgespeist und obendrein ver-

unsichert werden. Hinzu kommt, dass die neuen Behörden immer weniger Stellen einwerben können. Offenbar fällt es ihnen schwer, das Vertrauen der Arbeitgeber zu gewinnen.

metall: Was ist mit der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit?

Lucassen: Fehlanzeige, leider. Die Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren ist auch 2005 weiter gestiegen. Bezieher von Arbeitslosengeld I stellen die Hälfte der jungen Erwerbslosen in Sachsen. Sie bekommen heute keine bessere Betreuung als vorher. Das Versprechen der Bundesregierung, hier mehr Vermittler einzusetzen, wurde nicht erfüllt.

metall: Klappt es wenigstens mit der Auszahlung der Leistungen?

Lucassen: Hierfür würde ich die Note Drei vergeben...

metall: ...das ist immerhin nicht ganz so schlecht. Woran hapert's dabei?

Lucassen: Schlimm ist die Pannenanfälligkeit der Auszahlung. Das zu regulieren, bindet einfach zu viel Kraft, die für die Initiierung neuer Beschäftigung fehlt.

metall: Wie viel wird ausbezahlt?

Lucassen: In Sachsen gibt es 347 467 Empfänger von Arbeitslosengeld II. 269 348 von ihnen leben in Bedarfsgemeinschaften. Diese Menschen erhalten tatsächlich im Durchschnitt 323 Euro monatlich, also weniger als die volle Leistung von 331 Euro – die Einkommen der Partner werden ja angerechnet. Viele Haushalte müssen also mit weniger Geld auskommen, und neue Arbeit ist für die Betroffenen nicht in Sicht. Ein Skandal. ◀

Tarifrunde für die ostdeutsche Textilindustrie

Unsere Forderung: drei Prozent mehr Geld

Die IG Metall fordert in der neuen Tarifrunde für die 19 000 Beschäftigten der ostdeutschen Textilindustrie ab 1. Mai 2005 drei Prozent höhere Entgelte und Ausbildungsvergütungen.

Außerdem sollen eine verbesserte betriebliche Altersversorgung und Regelungen für die berufliche Weiterbildung durchgesetzt werden. Für alle Jugendlichen, die ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, fordert die IG Metall eine Übernahme in feste Beschäftigungsverhältnisse.

»Die Textilindustrie der neuen Länder ist heute eine High-Tech-Branche mit hoch innovativen Produkten«, sagte der IG Metall-Bezirksleiter Olivier Höbel zum

Auftakt der Tarifrunde am 9. April in Meerane. Die Produktivität der Betriebe sei von 1995 bis 2001 um 60 Prozent gestiegen, betonte Höbel. Diese gute Entwicklung müsse sich in der Bezahlung widerspiegeln. »Qualifizierte Arbeit gibt es nicht zum Billigtarif«, bekräftigte Höbel.

Die Textilunternehmen müssten jetzt den Fachkräftebedarf der Zukunft sichern und dazu die Attraktivität ihrer Betriebe erhöhen – etwa mit Freistellung und finanzieller Förderung für Qualifizierung und mit sicheren Arbeitsplatzperspektiven für Auszubildende, unterstrichen mehrere der 130 Betriebsräte und Vertrauensleute in der Diskussion auf dem Treffen in Meerane. ◀



»Gutes Entgelt und Zukunftsperspektive« – unter diesem Motto steht die in Meerane eröffnete Tarifrunde 2005 für die ostdeutsche Textilindustrie

IG Metall

Für konzertierte Aktion zu Gunsten Berlins

Die IG Metall unterstützt die von Konzernmanagern geforderte »konzertierte Aktion« von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Gewerkschaften und Verbänden zu Gunsten Berlins. »Berlin und sein Umland sind der mit Abstand größte Ballungsraum im Osten Deutschlands.

»Die Entwicklung des Wirtschaftsraums Berlin wirkt unmittelbar und stark auf den Erfolg des Aufbaus Ost«, sagte der IG Metall-Bezirksleiter für Berlin, Brandenburg und Sachsen, Olivier Höbel. Die IG Metall werde mit einer industriepolitischen Initiative ihren Beitrag dazu leisten. Dazu gehören eine auf die künftigen Bedürfnisse des Standorts abgestimmte Bildungs-, Verkehrs- und Ansiedlungspolitik. Außerdem müsse die prekäre Haushaltslage Berlins entspannt werden. Eine finanzpolitische Entlastung der Hauptstadt sei eine gesamtstaatliche Aufgabe. Sie dürfe daher nicht durch Kürzung von Mitteln für

den Aufbau Ost an anderer Stelle gegenfinanziert werden, sagte Höbel. In diesem Sinne unterstütze die IG Metall die Länderfusion von Berlin und Brandenburg zum frühest möglichen Zeitpunkt. ◀

Sanitärtechnik

Metaller bei Grohe Herzberg wehren sich

Der Armaturenhersteller Grohe will in der Bundesrepublik einen Teil seiner 4 600 Stellen abbauen und mehr im Ausland produzieren – in Kanada oder Ostasien. In Brandenburg steht das Werk in Herzberg mit 300 Beschäftigten auf der Streichliste der Unternehmensberatung McKinsey – obwohl hier Gewinne erzielt werden. Woanders könnten die Profite noch höher ausfallen. »Eine Katastrophe für unsere Region mit über 27 Prozent Arbeitslosigkeit. Wir kämpfen um unsere Arbeitsplätze und arbeiten an Alternativkonzepten zur Erhaltung des Standorts«, sagte der Betriebsratsvorsitzende Peter Schulze. ◀

Arbeitsmarkt

Spargelstechen gegen Arbeitslosigkeit?

Sind Arbeitslose zu faul zum Spargelstechen? Der DGB Sachsen hat sich in scharfer Form in die Debatte um den Einsatz von Arbeitslosen zur Spargelernte eingemischt. »Alle Jahre wieder kramen Arbeitsmarktstrategen das Spargelstechen hervor und treten die immer gleiche Debatte über Arbeitslose los, die angeblich keine Lust auf körperlich anstrengende Arbeit haben«, kritisierte Sachsens DGB-Chef Hanjo Lucassen. Eine solche Pauschalverurteilung sei unerträglich. Tatsache ist: Zehntausende Arbeitslose haben in den vergangenen 15 Jahren ihren Rücken in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen krumm gemacht – bei der Sanierung von Berg- und Tagebaugebieten, bei der Revitalisierung von Grünflächen und von Industriebrachen. »Dabei kamen merkwürdigerweise nie solche Klagen wie jetzt wieder von den Spargelbauern«, sagte der Gewerkschafter. ◀

Skoda-Löhne rauf

► Es geht aufwärts mit den Tarifeinkommen der osteuropäischen Nachbarn. Die tschechische Metall-Gewerkschaft hat bei der Volkswagen-Tochter Skoda eine Tarifierhöhung von sieben Prozent durchgesetzt. Damit wurde ein drohender Streik abgewendet, erklärte Gewerkschaftssprecher Jaroslav Cyrcek. Skoda hatte ursprünglich weniger als drei Prozent geboten, während die Arbeitnehmer zehn Prozent gefordert hatten. Die Gewerkschafter argumentierten, dass die VW-Tochter in den vergangenen Jahren beträchtliche Gewinne erwirtschaftet hatte. Trotz eines deutlichen Produktivitätswachses zahlte das Unternehmen die niedrigsten Löhne in der gesamten Volkswagen-Gruppe. Die knapp 21 000 Skoda-Beschäftigten verdienten 2004 im Durchschnitt umgerechnet rund 830 Euro monatlich.

Arno Hager zur Industriepolitik

Ohne Industrie keine Zukunft

metall: Du hast kürzlich auf einer Pressekonferenz mit Dieter Scholz, Vorsitzender des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg, auf den dramatischen Abbau von Industriearbeitsplätzen hingewiesen und eine Kurskorrektur der Politik gefordert. Haben Industriebetriebe in Berlin noch eine Zukunft?

Arno Hager: Das gängige Vorurteil ist, dass es in Berlin für Industriebetriebe keine Zukunft gibt. Die Fakten sehen anders aus. Moderne Dienstleistungs-Städte wie München oder Frankfurt/Main haben die dreifache Anzahl von Industriearbeitsplätzen je Einwohner. Die Regel: Keine Dienstleistung ohne eine leistungsfähige Industrie gilt ohne Einschränkung auch für Berlin.

metall: Gibt es schon Reaktionen des Senats, der Parteien und anderer Verbände auf die Vorstellungen der IG Metall und des DGB?

Arno Hager: Wir sind mit dem Senat und den Parteien im Gespräch. Insbesondere der Bereich des Wirtschaftssenators steht unseren Vorschlägen sehr aufgeschlossen gegenüber. Allerdings ist es noch ein weiter Weg, bis die Erkenntnis, dass Berlin Wach-

tum insbesondere auch in der Industrie braucht, in allen Köpfen verankert ist.

metall: Was muss und kann die Politik tun, damit Berlin als Industriestandort nicht weiter schrumpft, sondern wächst?

Arno Hager: Berlin wird von einer Schuldenlast erdrückt, obwohl wir der Sparweltmeister aller Bundesländer sind. Eine offensive Ansiedlungspolitik und eine Stärkung der Netze von klein- und mittelständischen Unternehmen und des industriellen Bestands ist nicht ohne eine innovative Industriepolitik möglich. Hier bleibt viel zu tun und dazu braucht Berlin Geld. Der Bund muss Berlin unterstützen und entlasten, weil die Schulden Berlins überwiegend leistungsbedingte Schulden sind und nur zum kleineren Teil das Resultat von Missmanagement in der Politik.

metall: Welche weiteren Aktivitäten plant unsere Verwaltungsstelle in nächster Zeit und wie können sich Betriebsräte und Mit-

glieder der IG Metall einbringen?

Arno Hager: Wir wollen einen Industriekatalog erstellen mit Metallindustrie, Wissenschaft und Politik. Die Industrie- und Wissenschaftspotenziale Berlins zur Schaffung von Arbeitsplätzen müssen besser genutzt werden. Dabei spielen auch die Betriebsräte eine wichtige Rolle. Weiter

wurde unsere Forderung nach einem Beratungsfond, der auf Antrag von Betriebsrat und Geschäftsführung Beratungsleistungen zur Stärkung des Unternehmens finanziert, vom Senat mit Interesse aufgenommen. Wir wünschen uns, dass unsere Betriebsräte und die Mitglieder ihre Kompetenz in unsere

Initiative zur Stärkung des Industriestandortes Berlin einbringen. Wer für die Zukunft Berlins kämpfen will, der muss für den Erhalt und den deutlichen Ausbau der Metallindustrie kämpfen. Dazu gehört auch, dass wir uns am 1. Mai bei der DGB-Demo und der Kundgebung alle zeigen und an unseren Info-Ständen beim Maifest über unsere industriepolitischen Forderungen informieren und dafür werben.



Arno Hager, Erster Bevollmächtigter und Kassierer unserer Verwaltungsstelle

Wir stellen vor

Stadtteilgruppe Süd-Ost

48 Betriebe in den Bezirken Kreuzberg, Neukölln, Treptow und Köpenick gehören zur Stadtteilgruppe Süd-Ost.

Zumeist handelt es sich um kleine und mittelständische Betriebe. Beschäftigtenabbau, das Unterlaufen von Tarifverträgen und die Auseinandersetzung um die betriebsverfassungsrechtliche Mitbestimmung gehören hier zum Alltag der Betriebsräte und bestimmen die Arbeit der Stadtteilgruppe. Der Austausch über betriebliche Probleme und

die gegenseitige Unterstützung bei der Suche nach Handlungsmöglichkeiten haben einen festen Platz bei jedem Treffen.

Die Auseinandersetzung um aktuelle gewerkschaftliche Themen geht dabei nicht verloren. Das Thema »Tarif« wird in den kommenden Monaten der Schwerpunkt der Arbeit der Stadtteilgruppe sein.

Auskünfte zur Arbeit der Stadtteilgruppe Süd-Ost gibt Kollegin Petra Jentsch, Telefon: 0 30-2 53 87-1 14.



Wir waren dabei: An der Demo des europäischen Gewerkschaftsbundes in Brüssel für »Mehr und bessere Arbeitsplätze, Schluss mit Deregulierung und den Angriffen auf die Arbeitszeit« haben auch Kolleginnen und Kollegen aus Berlin teilgenommen. Dieter Scholz (DGB), Michael Blum (Arbeitskreis Arbeitslosigkeit), Günter Triebe (Otis) (von links)

Wir treffen uns alle

Redner am 1. Mai ist Olivier Höbel

Der 1. Mai steht in diesem Jahr unter dem Motto »Du bist mehr. Mehr als eine Nummer. Mehr als ein Kostenfaktor. Du hast Würde. Zeig Sie!«. Die Mai-Demo des DGB startet um zehn Uhr auf dem Platz des 18. März, am Brandenburger Tor und führt zum Kundgebungsort vor dem Roten Rathaus. Hauptredner ist unser Bezirksleiter Olivier Höbel. Anschließend ist das traditionelle Mai- und Kinderfest.

Tag der Befreiung

Am 7. und 8. Mai werden wir uns massiv an den Gedenktionen aus Anlass des Tages der Befreiung von der faschistischen Diktatur beteiligen. Über Einzelheiten der Aktivitäten wird ein Flugblatt informieren, dass den Betriebsräten, JAV-en und Vertrauensleuten zur Verteilung in den Betrieben zur Verfügung gestellt wird.

Termine

Rentenberatung und -anträge für Arbeiter und Angestellte

► 3., 10., 17., 24. und 31. Mai, 16 bis 18 Uhr, IG Metall-Haus, Raum E 05, durch den BfA-Verichertenältesten Bernd Dimmey. Termine bitte unter Telefon 0 30-31 80 78 60 abstimmen.

Aktuelles und Tarifpolitik

Nachrichten aus Betrieben

Grohe Herzberg:

Trotz positiver Ergebnisse empfiehlt die Unternehmensberatung McKinsey, den Standort Herzberg zu schließen. Die Nachricht traf die gut 300 Beschäftigten im größten Unternehmen der Verwaltungsstelle wie ein Faustschlag ins Gesicht.

IG Metall und Betriebsrat prüfen alle Alternativen, die eine Fortführung des Betriebs und damit die Sicherung der Arbeitsplätze bedeuten.

Über Jahre gab es Fördermittel vom Land. Damit sind aber auch Pflichten verbunden. Grohe muss sich jetzt dringend seiner Verantwortung stellen.

Weigl Metallguss:

Nach dreimonatigen Verhandlungen konnte ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen werden. Dieser gilt nicht nur in Finsterwalde, sondern auch in Glauchau, Reichenbach und Zittau.

Der neue Vertrag beinhaltet neben der Standortzusage eine Beschäftigungsgarantie für mindestens 80 Arbeitnehmer. Weiter konnten Investitionen in Finsterwalde, eine Angleichung der Löhne und Gehälter in 2006 auf 95 Prozent und ein Qualifizierungsanspruch vereinbart werden.

Der Haustarif konnte nur durch massiven Druck der Gewerkschafter erstritten werden.

MAN Takraf:

Die Geschäftsführung lehnt trotz guter Ergebnisse für 2004 die Übernahme der Tarifierhöhung um zwei Prozent ab. Diese wurde zum 1. März in der Metall- und Elektroindustrie gezahlt.

Den Beschäftigten wurde sogar vorgeschlagen, den Fixteil der Jahressonderzahlung zu kürzen.

Dies würde einen massiven Griff in die Taschen der Arbeitnehmer bedeuten. Eine Abkoppelung von der Tarifierhöhung in der Fläche wäre die Folge. Unser Ziel ist Sicherung der Beschäftigung und faire Bezahlung, aber nicht die Steigerung der Profitrate auf Kosten der Arbeitnehmer.

Wir gratulieren

zum 85. Geburtstag
Ruth Müller,

zum 75. Geburtstag
Albrecht Förster,

zum 70. Geburtstag
Josef Hoehn,
Werner Hofmann,
Dieter Lutz,
Günter Krause,
Kurt Luboch,

zum 65. Geburtstag
Manfred Neumann,
Hans Dieter Bergk,
Günter Bönisch,
Horst Hankel,
Ingelore Grille,
Karl-Heinz Maresch,
Günther Degen und
Kurt Beck.

Alles Gute, vor allem Gesundheit wünscht herzlichst die
IG Metall Südbrandenburg.

Termine

4. Mai
Betriebsräteschulung zum
Arbeits- und
Gesundheitsschutz

8. Mai
60 Jahre Kriegsende
► im Internet:
www.TagFuerDemokratie.de

9. bis 11. Mai
Klausur des neuen
Ortsvorstandes

13. bis 16. Mai
Pfingstjugendtreffen in Berlin

23. Mai
Seminar der regionalen
Vertrauensleute

27. Mai
Bezirkskonferenz der IG
Metall Berlin-Brandenburg-
Sachsen

weitere Infos im Internet
unter:
www.suedbrandenburg.igmetall.de

Treffen in Schwarzheide
Erste JAV-Konferenz

Teilnehmer der ersten JAV-Konferenz in Schwarzheide aus den IG Metall-Verwaltungsstellen Cottbus, Riesa und Südbrandenburg

Jugend in der IG Metall:

In unserer Region gibt es derzeit nur sechs Betriebe, in denen eine JAV (Jugend- und Auszubildendenvertretung) arbeitet.

In Zukunft wollen wir verstärkt auf die speziellen Probleme der Jugendlichen eingehen.

JAV-Tagung 12./13. Mai in Berlin:

Es werden auch Workshops zu Themen wie Tarifpolitik in der Zukunft, Qualität der Berufsausbildung und Diskriminierung im Betrieb angeboten.

Anmeldungen über die IG Metall-Verwaltungsstelle.

1. Mai 2005
DGB-Motto: Du bist mehr als ein Kostenfaktor

Menschen dürfen nicht nur Kostenfaktor sein. In einer auf maximale Renditen orientierten Wirtschaft muss man daran erinnern, dass es die Arbeitnehmer sind, die den Wohlstand eines Landes begründen. Menschen dürfen nicht Spielball von Reformen sein, die lediglich Standards kürzen, statt dem Gemeinwohl zu dienen.



Arbeitslose Mitglieder haben das Wort

Keine Rede von positiver Reform

In der März-Ausgabe von **metall** berichteten wir über unsere Umfrage »Wie wirkt Hartz IV wirklich?«, die wir bei unseren arbeitslosen Mitgliedern gestartet haben.

Über ein Drittel aller betroffenen Mitglieder beteiligten sich. Eine repräsentative statistische Auswertung beschreibt die Situation sehr deutlich.

Von einer positiven Wirkung, etwa durch mehr Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt, war erwartungsgemäß auch in den Regionen der Landkreise in der IG Metall Ostbrandenburg nichts zu bemerken.

Überwiegend beziehen die Betroffenen bereits Arbeitslosengeld II. Sieben Prozent stellen gegenüber der früheren Arbeitslosenhilfe höhere Bezüge fest, bei 14 Prozent war es gleich. Aber 14,1 Prozent erhielten gar nichts mehr und für 60 Prozent fiel das ALG II niedriger aus. Insgesamt

also ein großes Verlustgeschäft. Beim ALG II wird zwar die Miete übernommen, dies betrifft nach unserer Umfrage 37,2 Prozent, wer aber »nicht angemessen« wohnt, kann zum Umzug gezwungen werden. Diese Befürchtung haben nur 17 Prozent. 75,5 Prozent, die hierzu Angaben machten, rechnen aufgrund entsprechender Wohnungsgrößen nicht mit einem Umzug.

Was tut sich auf dem Niedriglohnsektor? Gerade mal 14 Prozent haben einen Nebenverdienst mit durchschnittlich 148 Euro. Auch hier bleibt das Job-Wunder aus.

Die verschärften Anrechnungsbestimmungen haben den meisten das Interesse vermiest. Nur 27 Prozent aller ALG II- und 7 Prozent der ALG I-Empfänger wollen einen Nebenjob, von dem ja kaum etwas übrig bleibt.

Überraschend sind die Antworten zum Ein-Euro-Job. Die



Bereitschaft ist hierzu bei den ALG I-Empfängern niedriger als bei den ALG II-Empfängern (16,6 Prozent zu 40,1 Prozent). Sofern der Ein-Euro-Job in Ordnung ist, wären 27 Prozent hierzu bereit und würden es darauf ankommen lassen. Frauen sind stärker zum Ein-Euro-Job bereit als Männer.

Schließlich die Bewertung der arbeitslosen Mitglieder zur Hartz IV-Reform seit Januar 2005.

Unter allen Antworten fanden sich gerade mal drei, die die Reform für eine Verbesserung hielten. Viele haben neben den Antworten die Gelegenheit für persönliche Bemerkungen

genutzt und Verbitterung als auch Verzweiflung zum Ausdruck gebracht. Insbesondere ältere Betroffene haben kaum Hoffnung auf eine Chance am Arbeitsmarkt.

Ebenso steht flächendeckend die Agentur für Arbeit mit ihrem Service und der unzureichenden individuellen Betreuung scharf in der Kritik. Kein Wunder, sagten auch zahlreiche Betroffene, weil gar nichts gefördert werden kann, weil nichts da ist.

Hartz IV nimmt überhaupt zu wenig Rücksicht auf die Lebensleistung, die Erwartungshaltung und Perspektive der Menschen, was besonders bei Älteren zu nicht vertretbaren Härten führt.

84 Prozent der ALG II- und 65,4 Prozent der ALG I-Empfänger halten die Reform für eine klare Verschlechterung.

11,5 Prozent der ALG II-Empfänger sagen, manches ist besser, manches ist schlechter. Die Meinung derer, die noch das höhere Arbeitslosengeld I beziehen, ist kaum besser. Die Umfrage zeigt sehr deutlich die negativen Auswirkungen der Reform.

Die IG Metall wird weiterhin auf eine Entschärfung drängen.

Walzwerk Finow GmbH

Unser Ziel ist Tarifbindung

Wie in der letzten **metall** berichtet, kündigte die Geschäftsführung der Walzwerk Finow GmbH den Anerkennungstarifvertrag Stahl Ost.

Die erste Verhandlung über die zukünftige Tarifbindung der WWF GmbH am 12. April ist ergebnislos verlaufen.

Die Geschäftsführung erläuterte ihre Forderung. Es wurde klar, dass ihnen die vereinbarte Arbeitszeitverkürzung ein Dorn im Auge ist und die IG Metall aus Ihrer Sicht eine überhöhte Forderung von 6,5 Prozent gestellt hat.

Die IG Metall Verhandlungskommission hat die Forderung nach Abschluss eines Anerkennungstarifvertrages an den Tarifvertrag Stahl Ost ausführlich

begründet und deutlich gemacht, dass es davon keine Abstriche geben wird.

Aufgrund der klaren Position der IG Metall-Verhandlungskommission bat die Geschäftsführung um die Vertagung der Verhandlung. Der nächste Verhandlungstermin ist der 28. April um 8.30 Uhr.

Aus Sicht der IG Metall-Vertrauensleute ist diese aktuelle Auseinandersetzung natürlich Thema Nummer. 1 im Betrieb. Positiv ist das Interesse aller Beschäftigten, »was alles an einer Tarifbindung dranhängt«. Eine positive Mitgliederentwicklung war in den letzten Tagen zu verzeichnen. Wir werden in der nächsten **metall** weiter informieren.

Die Erinnerung lebendig halten 8. Mai – Mahnung und Verantwortung

Am 8. Mai jährt sich das Kriegsende in Europa und das Ende der zwölfjährigen Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus zum 60. Mal.

Die IG Metall Ostbrandenburg ruft alle Mitglieder auf, sich an diesem Tag an den regionalen und überregionalen Demonstrationen und Gedenkfeiern zu beteiligen.



Termine

Betriebsräteschulung

9. Mai, 9 Uhr im Versammlungsraum des KSW auf dem EKO Gelände in Eisenhüttenstadt

Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit

- 31. Mai, 14.30 Uhr: Mitgliederversammlung zum Thema »Hartz IV und ALG II« in unserem Büro in Eisenhüttenstadt
- 10. Mai, 18 Uhr: Diskussionsrunde zum Thema »Berufsschultour Uckermark« im Bürgerhaus in Prenzlau.

Von Manfred Ende ausgeplaudert Unterschied bei Formel 1 und Rentenformel?

»Kennst du den Unterschied zwischen der Formel 1 und der Rentenformel?«, fragte mich Harald. »Null Ahnung«, antwortete ich und Harald fuhr fort: »Mit der Formel 1 fährt man Runden für Millionen – mit der Rentenformel null Runden, um Kassen zu schonen. Rentner sollen, wenn es nach Wirtschaftsveranstaltern geht, sogar Boxenstops einlegen. Ja, sogar Minusrunden seien nicht ausgeschlossen. »Nu lass mal die Kirche im Dorf«, antwortete ich. Ein Rentner ist schließlich kein Ren(n)tier. Er ist früher oder später eh nur berechtigt, seinen Löffel abzugeben. So, wie es bereits ein Rotzlöffel aus der FDP angemahnt hat. Norbert Blüm, Sicherheitsbeauftragter der Rentenformel (die Renten sind sicher), hat unverblümt widersprochen. Der sollte sich um fehlende Tassen im Schrank kümmern, bevor er zur Löffelabgabe auffordert, hat er gemeint. Aber zurück zu Harald, der die Auffassung vertrat, im Osten würde man denen im Westen nur hinterher fahren. Seine Horrormeldungen erinnerten an einen Bandencrash an der Rennstrecke: Anpassung des Rentenniveaus in Ostdeutschland rückt in weite Ferne – Renteneintrittsalters wird auf 67 Jahre angehoben – über 55-Jährige sind im Osten nicht mehr vermittelbar. Darauf stellte ich ihm die naiv klingende Frage, warum in Deutschland – wie in der Schweiz – nicht Selbstständige, Beamte, Politiker, Abgeordnete und Minister in die Rentenkassen einzahlen. Zumal 75 Prozent unserer Bevölkerung dafür ist und Experten das Schweizer Rentensystem als das Beste der Welt bezeichnen. Harald wurde nachdenklich. Dann fragte er unvermittelt: »Hast du schon mal einen Schweizer Formel 1 fahren sehen?« Und als ich ein dummes Gesicht zeigte, sagte er: »Siehst du, ich auch nicht.«

Umfrage ist ausgewertet Zustimmung sieht anders aus

In der letzten Ausgabe von metall veröffentlichten wir die persönlichen Kommentare unserer vom ALG II betroffenen Mitglieder. Viele waren verbittert und verzweifelt. Heute folgt die statistische Auswertung ihrer Situation. Über 40 Prozent aller arbeitslosen Mitglieder hatten sich beteiligt. Überwiegend bezogen sie bereits ALG II.

Zehn Prozent stellten gegenüber der früheren Arbeitslosenhilfe höhere Bezüge fest, bei 18 Prozent war es gleich. Aber zwei Prozent erhielten gar nichts mehr und für 70 Prozent fiel das ALG II niedriger aus. Wer gewann, erhielt 87 Euro mehr, wer weniger hatte, verlor allerdings 192 Euro. Insgesamt also ein großes Verlustgeschäft. 46 Prozent haben

Widerspruch eingelegt. Beim ALG II wird zwar die Miete übernommen. Wer aber »nicht angemessen« wohnt, kann zum Umzug gezwungen werden. 16 Prozent haben diese Befürchtung, während die meisten da keine Angst haben – sie wohnen eben schon in kleinen Wohnungen.

Was tut sich auf dem Niedriglohnsektor? Wie viele haben einen Nebenverdienst? Gerade mal 13 Prozent. Auch hier bleibt das Jobwunder aus. Die verschärften Anrechnungsbestimmungen haben den meisten außerdem noch das Interesse vermiest: Nur zehn Prozent wollen einen Nebenjob, von dem ja kaum was übrig bleibt. Eher überraschend sind die Antworten zum Ein-Euro-Job. Einen sol-

chen Hinzuverdienst für gemeinnützige Tätigkeiten würde fast jeder Zweite annehmen, bei einem weiteren Drittel käme es auf die Arbeit an. Der Rest ist dagegen oder hat noch keine Meinung. Frauen sind öfter zu Ein-Euro-Jobs bereit als Männer.

Verschlechterung

Schließlich: Wie bewerten die Arbeitslosen die Hartz-IV-Reform insgesamt? Nur drei Prozent von 396 Antworten hielten sie für eine Verbesserung. Vier von fünf ALG II-Empfängern erkennen eine Verschlechterung.

Wir gratulieren

Geburtstage im Mai

93 Jahre – Lotte Hoffmann
92 Jahre – Herta Senger
90 Jahre – Hildegard Jarosch
80 Jahre – Bruno Gerber
75 Jahre – Dr. Eberhard Wilde, Elfriede Rummel, Lisa Lindow, Günter Klempner, Reinhold Poeschel, Dieter Senkbeil, Hans-Werner Lewandowski, Karl Hofmann, Horst Sommerfeld
70 Jahre – Elfriede Fehrmann, Siegfried Kaminski, Erich Arndt, Helmut Nitschke, Robert Neumann, Alfred Abel, Georg Halex, Eberhard Heinrich, Johanna Kuntzsch, Kurt Mendel

Sozialwahlen 2005

Nur wer wählt, entscheidet mit

Sozialwahlen stehen bei der Rentenversicherung, den Berufsgenossenschaften, den Krankenkassen und Pflegekassen alle sechs Jahre an. Jetzt ist es wieder soweit.

Diese Wahlen bestimmen die Vertreter der Selbstverwaltung. Bei der Rentenversicherung und den Krankenkassen wird die Selbstverwaltung je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestimmt, bei Ersatzkassen sind nur die Versicherten vertreten. Die Selbstverwaltung beschließt unter anderem über den Haushalt und wählt den Vorstand des Sozialversicherungsträgers. Was die Kasse macht, ist zwar weitgehend per Gesetz vorgeschrieben, aber eben nicht vollständig. Es gibt einen Ermessensspielraum, zum Beispiel beim Erbringen von Reha-Leistungen. Außerdem haben die Kassen mindestens einen Widerspruchsausschuss. Gewerkschaften kandidieren mit eigenen

Listen – teils gibt es IG Metall-Listen, teils DGB-Listen. Es gibt zwei Wahlarten: Sind bei einem Versicherungsträger so viele Kandidaten vorgeschlagen wie es Plätze gibt, kommt es zu Friedenswahlen. Gibt es mehr Kandidaten als Sitze, dann wird eine Urwahl notwendig. Sie ist grundsätzlich eine Briefwahl. Wie läuft die Wahl ab?

Die Versicherten erhalten ihre Wahlunterlagen ab 1. April un- aufgefördert per Post zuges- chickt.

Bis 12. Mai sollten alle Versicherten die Unterlagen haben.

Wer sie bis dahin nicht hat, sollte sie bis zum 19. Mai bei seiner Versicherung anfordern.

Wahltag ist der 1. Juni

Bis zum 1. Juni muss der ausgefüllte Wahlbrief zurück bei der Versicherung sein.

Achtung: Es zählt nicht der Poststempel, sondern der Tag des Eintreffens.

Termine

Beratungstage im Mai

► 2. Mai, ab 17 Uhr, Torbogen-
haus Wittstock
► 11. Mai, 14 bis 15 Uhr, AOK
Service-Center Wittenberge,
Perleberger Straße 16
► 18. Mai, 14 bis 15 Uhr, AOK
Service-Center Pritzwalk,
Hagenstraße 25
► 25. Mai, 14 bis 17 Uhr,
Neuruppin, DGB,
Heinrich-Rau-Straße 30
Die Sprechstunde der Versi-
chertenberater der LVA fällt
aus.

Armaturenkonzern Grohe

Getrieben von der Gier

Nicht nur die Deutsche Bank steigert den Gewinn und entlässt ihre Beschäftigten. Die Grohe-Gruppe, in Brandenburg mit einem Werk in Herzberg und mit der Tochterfirma Aquarotter in Ludwigsfelde vertreten, will sich da gegenüber ihren Aktionären nicht lumpen lassen: Mit 185 Millionen Euro wies der letzte Geschäftsabschluss einen satten Gewinn aus: Das hält die Firma aber nicht davon ab, einen radikalen Personalabbau zu betreiben.

Grohe befindet sich keineswegs in einer Krise. 1999 verkaufte die Familie Grohe das Unternehmen für 2,6 Milliarden Mark. »Armaturen sind Gold wert«, berichteten wir damals. Inzwischen ist das Unternehmen ein interes-

santes Spekulationsobjekt geworden. Im vergangenen Jahr verscherbelten die Erwerber – eine britische »Investorengruppe« – die Premium-Marke nochmals weiter, diesmal an amerikanische Investoren. Sicher nicht ohne Gewinn.

Trotz Gewinne Schließungen

Jetzt soll die nächste Runde bei der Vergoldung der Wasserarmaturen eingeläutet werden. Trotz der Gewinne sollen Standorte in Deutschland geschlossen werden und die Produktion in Niedriglohnländer verlagert werden. »Wir produzieren zu 80 Prozent in Deutschland, machen hierzulande aber nur 20 Prozent unseres Umsatzes«, erklärt der Vorstand des Grohe-Konzerns

und hält das für unnormale. Ein typisches Beispiel für die beschränkte Sichtweise unserer Manager: Die Stärke von Grohe liegt gerade darin, dass bewährte Qualität aus Deutschland kommt. Wie sonst könnte man 80 Prozent exportieren? Billigprodukte aus China gibt es schon genug. So kriegt man die beste Marke kaputt.

Für die 300 Kollegen in Herzberg wird es besonders schwer. Der Standort soll ganz geschlossen werden.

Für die Tochterfirma Aquarotter spricht man von einem erneuten Verkauf. Je nachdem, was mehr Geld bringt.

Glaubt da noch jemand, dass es den Arbeitgebern um Arbeitsplätze geht?

Sozialstaatskongress der IG Metall

»Die Arbeit gehört zum Menschen...«

Unter dem Titel »Mut zur Gerechtigkeit« stand kürzlich in Berlin ein bundesweiter Kongress. Nachdem im Herbst 800.000 Unterschriften des »Arbeitnehmerbegehrens« an Bundespräsident Wolfgang Thierse überreicht worden waren, sollte nun weiter an einer arbeitnehmerfreundlichen Sozialpolitik gearbeitet werden.

»Für die Arbeitnehmer ist der Sozialstaat die Voraussetzung für ein Leben in sozialer Sicherheit und menschlicher Würde«, erklärte der IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters in seinem Hauptreferat, »der Sozialstaat ist mehr wert als er kostet«. Schon das Ende der Weimarer Republik begann mit der Demontage des Sozialstaats. Heute werden wieder die selben Fehler gemacht. »Wie hoch sind die Folgeschäden der sozialen Spaltung?«, fragte er. Der IG Metall geht es darum, den gesellschaftlichen Wandel sozial

zu gestalten. Wenn die Menschen heute älter werden, so ist sicher zu fragen, ob das Rentensystem umgebaut werden muss.

Schritte in falsche Richtung

Sozialversicherungsfreie Mini- und Ein-Euro-Jobs, Rentenkürzung und Massenarbeitslosigkeit sind Schritte in die Krise, nicht aber aus ihr heraus. »Die Senkung des Spitzensteuersatzes von 45 auf 42 Prozent seit Jahresbeginn war da sicher der Schritt in die falsche Richtung«, kritisierte Berthold Huber, der Zweite Vorsitzende der IG Metall.

Viele Themenfelder

In mehreren Foren wurde über konkrete Themenfelder diskutiert: Alterssicherung, Gesundheitspolitik, Arbeitsmarkt, betriebliche Sozialpolitik, Familienpolitik und Europa. Jeweils gab es hochkarätige Referenten und produktive Diskussionen.

Dennoch darf man sich bei mehreren hundert Teilnehmern keine schnellen und unumstrittenen Antworten erwarten. Klar ist für die IG Metall: Der Staat darf sich nicht zurückziehen, sondern muss eine aktive Rolle spielen. So sollen auch die steuerfinanzierten Anteile der Sozialleistungen größer und nicht kleiner werden. Steuerentlastungen für Unternehmen und Reiche verringern darüber hinaus den Spielraum für arbeitsplatzschaffende Investitionen. Und darauf kommt es letztlich an.

Gastredner Bischof Wolfgang Huber zitierte den Reformator Martin Luther: »Die Arbeit gehört zum Menschen wie zum Vogel das Fliegen.« Zu Luthers Zeit gab es noch keine Menschen, deren Arbeitskraft überflüssig war. Aber die Würde des Menschen war damals wie heute nur mit Arbeit zu verwirklichen.

Meldungen

In einem Flugblatt zu aktuellen Tarifforderungen der Metallindustrie hatte unsere Verwaltungsstelle auch die Einstellung des Vaneo bei Daimler-Chrysler vermeldet. »Da gleichzeitig die Produktion des Sprinter anläuft, dürfte es keine Beschäftigungsprobleme geben – allerdings auch kaum Neueinstellungen.« Diese Einschätzung wurde vom Geschäftsführer Dr. Weiß in der Betriebsversammlung mit Nachdruck zurückgewiesen. »Im Rahmen der Sprinter-Fertigung werden wir 500 Neueinstellungen vornehmen«, erklärte er. Selbstverständlich freut uns diese Korrektur und wir werden mit Interesse die Umsetzung verfolgen.

Die Leitung der Märkischen Oberflächen- und Behälterbau GmbH (MOB) in Luckenwalde sprach dem Gewerkschaftssekretär Andreas Kahnert ein Hausverbot aus, als dieser an einer Betriebsratssitzung teilnehmen wollte. »Aufgrund der im Jahre 2004 erfolgten Rufschädigung unseres Unternehmens im Internet müssen wir Ihnen leider mitteilen, dass wir Ihr Erscheinen in unserem Unternehmen nicht genehmigen«, lautete die lapidare Mitteilung. In **metall** und auf unserer Internet-Seite hatten wir kritisch darüber berichtet, dass sich MOB von seinen Beschäftigten erst einen Arbeitsvertrag mit verschlechterten Bedingungen unterschreiben lässt, um dann Entlassungen im großen Umfang vorzunehmen. Presse-rechtlich war diese Meldung nicht zu beanstanden. Daher wurde vom Arbeitsgericht Potsdam eine einstweilige Verfügung erlassen, die das gesetzlich garantierte Zutrittsrecht der IG Metall klarstellte. Andreas Kahnert nahm daraufhin an der nächsten Betriebsratssitzung teil.

Ungünstige Demografieentwicklung

Aus- und Weiterbildung jetzt verstärken

Das personalwirtschaftliche Paradies Ostdeutschland geht zu Ende. Noch ist Zeit zum Gegensteuern, aber es muss sofort gestartet werden.

Die Ökonomen sprechen von einem personalwirtschaftlichen Paradies, wenn es wenig offene Stellen und viele arbeitslose Fachkräfte gibt.

Bedingt durch den wirtschaftlichen Umbruch in Ostdeutschland findet man, oder sollte man besser sagen, fand man, diese Erscheinung insbesondere in Sachsen und Thüringen. In Kürze kippt dieses vermeintliche Paradies.

Ostdeutschland hat zwar gegenüber Westdeutschland eine »Jugendreserve« aus den geburtenstarken Jahrgängen der 70er und 80er. Jedoch wurde diese in

der jüngsten Vergangenheit stiefmütterlich behandelt.

Diese Auffassung vertritt auch der Diplom-Soziologe Dr. Michael Behr. Seitdem machte er in vielen Veranstaltungen auf diese kritische Entwicklung aufmerksam.

So referierte Dr. Behr auch vor Geschäftsführern und Betriebsräten aus Betrieben unserer Verwaltungsstelle und mahnte insbesondere im verarbeitenden Gewerbe ein schnelles Umdenken an.

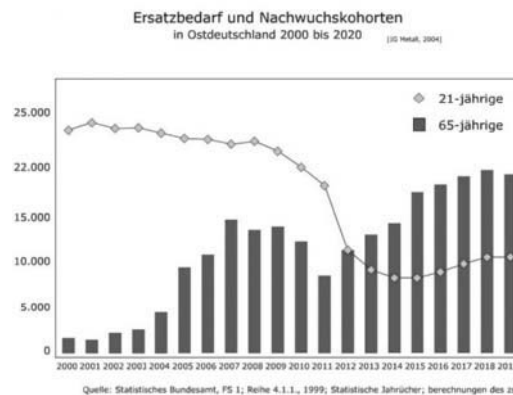
Die wirtschaftlichen Erfolge der Metall- und Elektroindustrie in Sachsen seit 1997 könnten genau an diesem Problem zerbrechen. Dies war für die IG Metall Chemnitz Grund genug, diese Forschungsergebnisse zu einer

Multimediapräsentation »Demografie und Fachkräfte« verarbeiten zu lassen.

In unserem Betreuungsbereich gibt es Betriebe, die betreiben eine gute Aus- und Weiterbildung, aber wir finden auch oftmals das Gegenteil vor. Mit dem Film wollen wir dieses Pro-

blem auf Betriebsversammlungen anschaulich thematisieren und neben den Betriebsräten und Geschäftsführungen auch die Beschäftigten dafür sensibilisieren. Denn wir müssen schnell gemeinsam gegensteuern, meint Sieghard Bender. Sonst waren unsere Auseinandersetzungen

um den Erhalt der industriellen Kernbereiche in den 90er Jahren möglicherweise umsonst und das darf nicht sein. Zumindest das sind wir unseren Kindern schuldig.



Kurz notiert

Tarifreport

Die Bahntechniker aus Brand-Erbisdorf haben durch ihre Aktion einen ersten Verhandlungstermin erzwungen. Am 12. Mai wird um einen Investorentarifvertrag verhandelt. Die Bahntechnik ist der letzte Betrieb in der Unternehmensgruppe Georgsmarienhütte ohne gültigen Tarifvertrag. Am 21. April wurde bereits in der Firma Samputensili um mehr Einkommen für die organisierten Kolleginnen und Kollegen verhandelt.

Vertrauensleute gewählt

Im Rahmen des Projekts Chance 500 wählten die jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Wochenseminare Vertrauensleute aus ihren Reihen. Am 1. Mai ab 12 Uhr stellten sie verschiedene Teilprojekte in den Häusern Weststraße 8/ Hohe Straße 31 vor. Diese Objekte selbst werden gerichtet und sind Teil der Chance 500.

Winter-Uni Chinas Reform und Öffnung

China öffnet sich zur Welt und hat als Transformationsland die politische Weltbühne betreten. Als ständiges Mitglied im Welt-sicherheitsrat ist China maßgeblich bei der internationalen Krisenbewältigung beteiligt.

Sind Chinas Reform und Öffnung, Chinas Sprung in den Kapitalismus eine Bedrohung für die deutsche Wirtschaft?

In Schlagzeilen wird China oftmals reduziert auf die gelbe Gefahr, den wachsenden Riesen, den großen Drachen oder die, die alles kopieren.

In der Diskussion mit Prof. Dr. Rudolf Boch, Professur für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der TU Chemnitz, und Bernd Reddies, Asienexperte und langjähriger Leiter des Büros Peking der Friedrich-Ebert-Stiftung, wollen wir am 3. Mai um 19 Uhr in der TU Chemnitz, Neues Hörsaalgebäude, Saal 013, aus erster Hand hören, wie es wirklich ist.

Nachruf Langjährige Mitglieder gestorben

Wir trauern um unsere langjährigen Mitglieder Hans Gläser, Herbert Mende und Karl Henkel.

Hans Gläser, geboren am 3. Dezember 1908, ist im Dezember 2004 gestorben und war 80 Jahre Mitglied unserer IG Metall.

Herbert Mende, geboren am 25. November 1908, ist im Februar 2005 gestorben. Herbert war 82 Jahre Mitglied.

Karl Henkel, geboren am 19. Oktober 1907 ist im März 2005 gestorben und war 57 Jahre Mitglied der IG Metall.



Termine

Termine

- 2. Mai, 14 Uhr: Betriebsräte-tagung im Gewerkschaftshaus
 - 3. Mai, 19 Uhr: »Chinas Re-form und Öffnung«, Diskussion mit Bernd Reddies in der TU Chemnitz, Neues Hörsaal-gebäude (siehe Beitrag)
 - 10. Mai, 16.30 Uhr: Schwer-behinderten-AK in der Verwaltungsstelle
 - 11. Mai, 9.30 Uhr: Senioren-arbeitskreis im OBH
 - 11. Mai, 17 Uhr: Ortsjugend-ausschuss in der Verwaltungsstelle
 - 12. Mai, 13 Uhr: Rentenbera-tung in der Verwaltungsstelle
 - 23. Mai, 15 Uhr: Arbeitskreis Textil in der Verwaltungsstelle.
 - 25. Mai, 17 Uhr: Ortsfrauen-ausschuss in der Verwaltungsstelle
 - 26. Mai, 14 Uhr: Ortsvor-stand im Gewerkschaftshaus
- Seminare**
- 4. bis 8. Mai, 12. Sommer-Uni in Trimany

Vertrauensleute bewegen etwas in Dresden

Stärkung durch Vertrauensleutewahlen

»Die IG Metall Dresden ist aus den Wahlen 2004 gestärkt hervorgegangen«, sagt Thomas Jahn, Vorsitzender des Vertrauensleutenausschusses der IG Metall Dresden.

Das belegt nicht nur die Anzahl der Vertrauensleute, sondern vor allem die deutlich gestiegene Bereitschaft zur aktiven Gestaltung der Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben. Auch die Zahl der Vertrauensleute, die regelmäßig im Vertrauensleutenausschuss (VLA) mitarbeitet, ist nach der Wahl spürbar gewachsen.

In unserem Bezirk (Berlin-Brandenburg-Sachsen) haben die Mitglieder über 2000 Vertrauensleute gewählt. In weiteren 22 Betrieben sind noch in diesem Jahr Wahlen vorgesehen.



Vertrauensleute während der Gruppenarbeit in der Klausur im Januar 2005 (im Hintergrund: Thomas Jahn, von links: Harald Volk, Karsta Münkwitz, Ingolf Kroitzsch, Ullrich Jentzsch)

Inzwischen wurden in sieben von 13 Verwaltungsstellen VLA gebildet. Im Bereich Dresden wählten die Mitglieder in den Betrieben 240 Vertrauensleute. Vertreter dieser betrieblichen Ver-

trauensleutegremien treffen sich regelmäßig im VLA der Verwaltungsstelle. In einer Klausur haben die Kolleginnen und Kollegen einen Vorschlag für die zukünftige Arbeit der IG Metall Dresden entwickelt.

Das im März vom Dresdner Ortsvorstand beschlossene und auf der Delegiertenversammlung vorgestellte Arbeitsprogramm zeigt mit seiner Verzahnung zwischen Ortsvorstand, Ausschüssen und Betrieben eine neue Qualität der Gewerkschaftsarbeit.

Dieses Arbeitsprogramm bietet

interessante Betätigungsfelder und schafft Verbindlichkeit in der Zusammenarbeit. Mitgliederentwicklung, Betriebsbetreuung, Vorbereitung der Betriebsratswahl 2006, Öffentlichkeitsarbeit, Schule/Wirtschaft, Angleichung, Leiharbeit, Tarifbindung und Wohngebietsarbeit sind Schwerpunktthemen, an denen gemeinsam gearbeitet wird. Hinweise und Ideen sind immer erwünscht. Interessierte können sich im Betrieb, Wohngebiet und direkt über die Verwaltungsstelle beteiligen.

Im Juli plant der VLA seine nächste Klausur. Schwerpunkt Öffentlichkeitsarbeit in Vorbereitung der Betriebsratswahl 2006. Als Gast hat Wolfgang Nafroth, uns bekannt vom Kompass-Workshop, seine Unterstützung zugesagt. Da in den Medien und in der Politik immer wieder die Arbeitsmöglichkeiten der Betriebsräte in Frage gestellt werden, sehen wir es als notwendig an, dass unsere Erfahrungen zu diesem Thema öffentlich gemacht werden.

IG Metall-Jugend-Aktionstag

Neues Berufsbildungsgesetz

Pünktlich zum Start des neuen Berufsbildungsgesetzes (BBiG), besuchten ABB-Azubis am 1. April zwei Bundestagsabgeordnete.

Natürlich hatten sie auch entsprechende Gastgeschenke dabei. Diese sollen die MdB's noch länger an die Gespräche erinnern. Im ersten Gespräch mit Frau Dr. Marlies Volkmer (SPD) kam man schnell überein, dass dieses Gesetz nicht unbedingt eine gute Lösung, jedoch derzeit die einzige darstellt.



Azubis bei der Übergabe der Gastgeschenke (Kiste voller leerer Versprechen und ein Gesetzbuch ohne Inhalt) an Frau Christa Reichard

Im zweiten Gespräch mit Frau Christa Reichard (CDU) waren dann doch auch andere Töne zu hören. Es mangle nicht allein an Ausbildungsplätzen, das Problem liege vielmehr in den vielen Jugendlichen, die noch keine Ausbildungsreife hätten. Am Ende blieb aber auch in diesem Gespräch die Erkenntnis, dass mit diesem Gesetz auch kein ausreichendes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen entsteht.



Azubis bei der Übergabe der Gastgeschenke (Wahlplakat mit Weichspüler für noch weichere Gesetze) an Frau Dr. Marlies Volkmer

Damit auch die Leistungen stimmen

Ab März gibt es mehr Geld

Für die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie Sachsen gibt es mit der Lohn- und Gehaltszahlung März 2005 2,7 Prozent mehr Geld.

Zwei Prozent gehen in die Entgelttabellen ein und werden damit monatlich lohn- und gehaltswirksam. 0,7 Prozent werden, verteilt auf drei Auszahlungsmonate, als Einmalzahlung ausgezahlt. Entgelterhöhungen gab es auch in weiteren Betrieben. Die Mitgliedsbeiträge werden auf dieser Grundlage satzungsgemäß angepasst. Nachfragen und Korrekturen bitte an

die Kollegin Ursula.Renner@igmetall.de oder unter 03 51-8 63 32 65 an die Verwaltungsstelle.

Termine

Mitgliederversammlungen zum Thema: Wie weiter mit der Rente?

- 11. Mai, 16 Uhr, Reichstädt, Niederer Gasthof
 - 22. Mai, 16 Uhr, Glashütte, Restaurant Goldenes Glas
- Ansprechpartner: Manfred Ebert, Telefon 03 50 55-6 13 42

Beschäftigte wehren sich

Autokorso für Tarifverträge

Die Beschäftigten des Kfz-Handwerks Leipzig wehren sich mit Protestaktionen gegen die gekündigten Tarifverträge.

Durch die Arbeitgeberseite wurden sämtliche mit der IG Metall bestehenden Tarifverträge im Kfz-Handwerk in Sachsen sowie auch in allen anderen neuen Bundesländern im Dezember 2004 gekündigt. Für die sächsischen Beschäftigten des Kfz-Handwerks wurden diese Kündigungen zum 31. März wirksam. Ab 1. April ist damit die Branche in Sachsen in tariflosem Zustand.

Dagegen wehren sich die Be-



Autokorso am 6. April: Arbeitgeber sind stur

schäftigten in den Betrieben in ersten Auftaktaktionen. Am 6. April wurde im Rahmen eines Autokorsos die Kfz-Innung Leipzig aufgesucht, um dort eine Protestresolution an den Geschäftsführer der Innung zu überrei-

chen. Trotz vorheriger schriftlicher Ankündigung war weder der Geschäftsführer noch ein anderer Vertreter der Kfz-Innung anwesend, um die Resolution entgegenzunehmen. Daher konnte die Delegation der

Beschäftigten gemeinsam mit Vertretern der IG Metall die Protestresolution nur an der Tür anbringen.

Das ist ein weiteres Beispiel dafür, dass die Kfz-Innung in Leipzig wie auch alle anderen Innungen in Sachsen und den neuen Bundesländern sich derzeit sämtlichen Gesprächen mit der IG Metall verweigern und nicht bereit sind zu einem konstruktiven Dialog.

Wir müssen daher befürchten, dass weitere Aktionen erforderlich sind, um den tariflosen Zustand im Kfz-Gewerbe zu beenden.

Mach mit bei der Jugendkampagne

Das Motto ist »Wir können auch anders«

Es reicht nicht aus, wenn allein Politiker über politische Konzepte, vor allem auch für Jugendliche in diesem Land, nachdenken.

Gewerkschaften wird oft vorgeworfen, verschiedene politische Konzepte abzulehnen, ohne eigene Gegenvorschläge zu entwickeln. Dagegen wollen wir etwas tun. Mit unserer Jugendkampagne »Wir können auch anders« beschäftigen wir uns mit zentralen politischen Fragen wie beispielsweise Bildung, Ausbildung, Gesundheit, Steuer, Rente, Tarif, Internationales und vielem anderen mehr.

Als größter politischer Jugendverband in Deutschland wollen wir klar Position beziehen und diese mit den Jugendlichen in den Betrieben und darüber hinaus gemeinsam diskutieren, um Veränderungen voran zu treiben. Je mehr wir dabei sind, umso mehr können wir in diesem Land erreichen. Das setzt jedoch voraus, dass wir uns zunächst mit den aktuellen Zuständen in den Betrieben, in den Schulen und in dieser Gesellschaft auseinander-

setzen und Visionen und Alternativen entwickeln. Da aber politische Inhalte und Themen zumeist sehr umfangreich und kompliziert sind, gilt es, Interesse und Begeisterung für unsere Jugendkampagne zu entwickeln.

Dafür haben wir verschiedene Aktions- und Beteiligungsmöglichkeiten vorgesehen. Beispielsweise hat sich in der IG Metall Leipzig ein Kampagnenteam gegründet, in welchem interessierte Jugendliche gern mitarbeiten können. In diesem Kampagnenteam sind wir momentan dabei, regionale Bezüge zu den gesamtgesellschaftlichen politischen Fragestellungen herzustellen. Parallel dazu werden wir uns in den Betrieben intensiv mit der Ausgestaltung der Qualität, eventuellen Problemen und weiteren Anforderungen an Bildung, Berufsausbildung und Weiterbildung befassen.

Als bundesweiten Höhepunkt in diesem Jahr bereiten wir einen Aktionstag vor, der am 18. Juni in Nürnberg ist.

Wir wollen aus der Region Leip-

zig mit Bussen an diesem Aktionstag teilnehmen. Wer Interesse hat, in unserem Kampagnenteam mitzuarbeiten oder sich für die Teilnahme am Aktionstag in Nürnberg interessiert, kann sich in der IG Metall Leipzig melden oder unter E-Mail: Thomas.Steinhaeuser@igmetall.de. Weitere Informationen zur Jugendkampagne und zum Aktionstag gibt es im Internet unter www.jugend.igmetall.de.



Kurz notiert

- 23. Mai, 10 Uhr
Erwerbslosenfrühstück
IG Metall-Stützpunkt Grünau
Karlsruher Straße 8,
04209 Leipzig
- 26. Mai, 15 Uhr
Mitgliederversammlung
Begegnungsstätte des ASB
Kregelstraße 43,
04317 Leipzig

Rechtsschutz

Recht haben und Recht bekommen

Der Rechtsschutz für unsere Gewerkschaftsmitglieder ist ein wesentlicher Bestandteil der Satzungsleistungen der IG Metall. Dabei unterstützen wir Kolleginnen und Kollegen, die arbeits- oder sozialrechtliche Probleme haben. Das konkrete Angebot reicht von der Beratung bis zur Vertretung vor Gericht.

Im Jahr 2004 wurden 180 IG Metall-Mitglieder durch unsere Kollegen vom DGB-Rechtsschutz vor dem Arbeitsgericht Leipzig vertreten, wobei ein Gesamtwert von 579 268,34 Euro für unsere Mitglieder erstritten werden konnte. Im Sozialrecht gab es 66 Prozessvertretungen mit einem Gesamterfolgs-wert von 298 514,27 Euro.

Die Rechtsberatung erfolgt in unserer IG Metall-Verwaltungsstelle in der Erich-Zeigner-Allee 62, 04229 Leipzig.

Arbeitsrechtsberatung:
Dienstag, 8 bis 12 Uhr und 13 bis 18 Uhr.

Sozialrechtsberatung:
Donnerstag, 8 bis 12 Uhr und 13 bis 17 Uhr.

Delegiertenversammlung

Siegmar Richter mit 100 Prozent zum »Zweiten« gewählt

Gewählt wurden am 23. März während der konstituierenden Delegiertenversammlung unserer Verwaltungsstelle der Zweite Bevollmächtigte, der neue Ortsvorstand (OV), Mitglieder von Tarifkommissionen unterschiedlicher Branchen sowie die Delegierten für die Bezirkskonferenz mit den Ersatzmitgliedern.

Der Ortsvorstand hat vielfältige Aufgaben. Er leitet die Verwaltungsstelle im Rahmen der Satzung Weitere Arbeitsgrundlagen: Beschlüsse, Anweisungen, Richtlinien und Vollmachten des Vorstandes und seiner Entscheidungsgremien. Mit 100 Prozent

der abgegebenen Stimmen wurde Siegmar Richter zum Zweiten Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle gewählt. Seine seit 1991 in der Region geleistete Arbeit ist sicher Grundlage für dieses Ergebnis.

Die erste DV war ein voller Erfolg – zumal die Beteiligung sehr gut war. Ein Dankeschön in Form eines Blumenstraußes ging an Kollegin Elke Brückner sowie die Kollegen Hans Ladislaw und Peter Lungwitz. Alle drei haben unsere Arbeit bislang unter anderem in der Delegiertenversammlung unterstützt. Wir hoffen, dass dies an anderen Stellen weiterhin

möglich sein wird. So gibt es von Hans und Peter bereits die Zusage, die Arbeit in unserem Büro in Döbeln tatkräftig zu unterstützen.

»Im Rechenschaftsbericht unserer Verwaltungsstelle Riesa wurde deutlich, dass unsere Arbeit seit Anfang Januar bereits einige positive Akzente gesetzt hat. Wieder direkter vor Ort – das ist gut für eine noch intensivere Arbeit zur Unterstützung unserer Kolleginnen und Kollegen in ihren Wirkungsbereichen: im Betrieb, im Wohnbereich, in verschiedensten Gremien und Einrichtungen. Wir sind auf einem guten Weg, als IG Metall Riesa erneut als »Gestal-

tungsfaktor« in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik wahrgenommen zu werden. »Hier gilt es anzuknüpfen« – sagte der wiedergewählte Zweite Bevollmächtigte. »Allerdings möchte ich dem Seminar des Ortsvorstands (siehe Beitrag unten) nicht vorgreifen. Wir werden gemeinsam beraten, wie unsere zukünftige Arbeit organisiert werden muss, um den gewachsenen Anforderungen gerecht werden zu können. Ich danke allen für das entgegengebrachte Vertrauen, möchte mich bei allen für ihre Mitarbeit bedanken und freue mich auf die gemeinsame Arbeit.«

Ortsvorstand

Neues Arbeitsprogramm liegt jetzt vor

Gearbeitet hat der Ortsvorstand (OV) kurz nach seiner Wahl schon kräftig.

Viel Zeit konnten wir uns ja nicht lassen. Dringend nötig war es, die vor uns stehenden Aufgabenfelder zu definieren und ergebnisorientierte Arbeitsschritte festzulegen. Wer macht was mit wem bis wann. Gar nicht so einfach, merkten die Teilnehmer des OV-Seminars vom 4. bis 6. April. Das A und O nicht nur in unserer Verwaltungsstelle ist wohl die Mitgliederentwicklung schlechthin. Diese Diskussion nahm einen breiten Raum ein. Jeder muss sich verantwortlich fühlen (macht er sicher auch), doch nur mit verbindlichen Vereinbarungen kommen wir hier zielsicher voran. Da müssen wir auch konsequenter werden. »Den Kollegen deutlich machen, wie wichtig es ist, in kapitalistischen Strukturen die gegensätzlichen Interessenlagen zu erkennen, zu benennen und entsprechend zu handeln. Weil wir nur gemeinsam dafür sorgen können, dass bereits Erreichtes

nicht wieder auf der Strecke bleibt«, sagt Uwe Jahn.

Aufgrund all dieser Feststellungen haben sich die Kollegen des OV auf folgende weitere Schwerpunkte verständigt:

► Die guten Ansätze der Jugendarbeit werden fortgeführt und ausgebaut.

► Handwerksarbeit muss für die Branchen Metall- und KFZ-Handwerk wieder aktiviert werden

► Die Projekte »Gute Arbeit« und die Fortführung des »Arbeitnehmerbegehren« müssen eine breite betriebliche Verankerung erfahren.

► Die Arbeit mit den betrieblichen Vertrauensleuten muss regional organisiert werden.

► Bildungsarbeit muss zum Mittelpunkt in den Betrieben werden.

► Die vorhandenen Gremien müssen besser verzahnt werden, um Synergien für effektive und ergebnisorientierte Arbeit zu entwickeln.

Im Anschluss an das Seminar,

war zur ersten OV-Sitzung eingeladen worden.

Hier wurden als erstes Reiner Bieder, Uwe Jahn und Petra Neumann als Revisoren der Verwaltungsstelle bestellt. Die Beschlussfassung zum Arbeitsprogramm und den sich daraus ergebenden Festlegungen wird auf der OV-Sitzung Ende April erfolgen.

Termine

Betriebsräteinfo:

► 4. Mai: »Gute Arbeit – Weissbuch«

JAV-Info:

► Mai 2005: »Organisation der JAV-Arbeit«

► 23. Mai, Tagesseminar »Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit«

Betriebsräteinfo:

► 1. Juni: »Unsere Botschaft: Öffentlichkeitsarbeit im Betrieb«

Die neuen Gremien

Ortsvorstand

Beisitzer: Bieder, Reiner, BRV, V & M Zeithain; Götze, Jürgen, BRV – UKM Meißner; Jahn, Uwe, BRV – SWG Gröditz; Kretschmer, Petra, BRV – TTO Oschatz; Neumann, Petra, arbeitslos, (RVL, AK Frauen); Quaas, Gudrun, BRV – Stema Großenhain; Zabel, Manfred, BRV – Autoliv Döbeln

Tarifkommission Stahl

Reiner Bieder und Jürgen Herzog (beide V & M), Uwe Heßler (MMR), Uwe Jahn, Frank Kotscha und Beate Thiele (alle SWG) und Siegmar Richter (Vst.)

Tarifkommission Metall- und Elektroindustrie

Thomas Meißner (Pierburg Harttha) und Siegmar Richter (Vst.)

Tarifkommission KFZ-Handwerk

Rene Haupt (AH »Gute Fahrt« Riesa) und Burglinde Goers (Vst.)

Tarifkommission Textilindustrie

Manfred Zabel (Autoliv Döbeln)

Ordentliche Delegierte zur Bezirkskonferenz

Burglinde Goers (Vst.); Jürgen Götze (UKM), Uwe Jahn (SWG) und Gudrun Quaas (Stema)

Ersatzkandidaten

Reiner Bieder (V & M), Petra Kretschmer (TTO), Petra Neumann (Riesa) und Manfred Zabel (Autoliv)

Tarifauftakt Textil 2005

Wir fordern drei Prozent mehr Einkommen

72 Zwickauer IG Metalller machten sich in der Auftaktveranstaltung für die Tarifrunde der Textilindustrie Ost am 9. April 2005 in Meerane für die Forderungen der IG Metall stark.

In dieser Tarifrunde geht es den Gewerkschaftern um mehrere Bausteine:

- 1. Um den Anteil der Beschäftigten an der positiven Produktivitäts- und Ergebnisentwicklung der Betriebe und für ihre ständig gesteigerten Arbeitsleistungen. Dazu fordern sie eine Einkommenserhöhung von 3 Prozent auf der Basis des abgeschlossenen Entgelt-Tarifvertrages.
- 2. Zur Erhaltung ihres Arbeits-



Auftaktveranstaltung am 9. April in Meerane

und Qualifizierungswertes im Betrieb und am Arbeitsmarkt fordern die Textiler einen tariflichen Anspruch auf Qualifizierung.

- 3. Bei der Forderung zur Über-

nahme der Azubis geht es um das erweiterte Motto »Jugend braucht Zukunft«. Das geht nur mit Facharbeiternachwuchs und Übernahme der Auszubildenden.

- 4. Schließlich sollen die Arbeitgeber mit dem Ausbau der Alters-

vorsorge einen weiteren Anteil zur Aufstockung der gesetzlichen Altersrenten leisten. Alle waren sich einig: Das wird kein Spaziergang, wie die Verhandlungen für die

Textilindustrie West im letzten Jahr zeigten. Die Betriebe haben, wenn es um Tarifverhandlungen und darum geht, den Beschäftigten ihren Anteil an den Betriebsergebnissen zuzugestehen, nie einen finanziellen Spielraum außer für die Gesellschafter und ihre Geschäftsführer.

In den nächsten Wochen wird es neben Betriebsversammlungen in allen tarifgebundenen Betrieben Mitgliederversammlungen über das betriebliche Herangehen und die Durchsetzung unserer Forderungen geben.

Vertrauensleutewahl erfolgreich abgeschlossen

Jetzt in dreizehn Betrieben vertreten

Die Vertrauensleutewahlen 2004 sind in den Betrieben unserer Verwaltungsstelle erfolgreich verlaufen.

Die Anzahl der Betriebe konnte gegenüber der Wahl aus 2000 verdoppelt werden. Dreizehn Betriebe haben jetzt einen Vertrauenskörper.

Der örtliche Vertrauensleutenausschuss hat sich konstituiert und die Arbeit aufgenommen. Die Leitung haben übernommen: Thilo Hecht (Volkswagen

Sachsen GmbH) –Vorsitzender–, Andy Wendler (BBT Thermo-technik Neukirchen) – stellvertretender Vorsitzender – und die Kollegin Beate Kayser von A.Kayser Automotive. Betreut wird der Vertrauensleute-Ausschuss von Ingolf Olsen, Zweiter Bevollmächtigter.

Als Vertreter des örtlichen Vertrauensleute-Ausschusses auf Bezirksebene wurde Thilo Hecht, VKL-Leiter von Volkswagen Sachsen GmbH, entsandt.

Die turnusmäßigen Wahlen sind damit abgeschlossen. Das heißt aber nicht, dass in den nächsten vier Jahren in den Betrieben, wo noch eine Wahl möglich wäre, nicht gewählt werden kann. Wir ermuntern ausdrücklich dazu.

Die nächsten wichtigen Aufgaben sehen die Vertrauensleute in den Sozialwahlen 2005 und den Betriebsratswahlen 2006. Ebenso wichtig ist die Vorbereitung der Tarifrunde 2006 in der Metall- und Elektroindustrie.



SBG Neumark

Die unendliche Geschichte

Zentrales Thema des Bestsellers »Die unendliche Geschichte« ist bekanntermaßen das Verhältnis von Realität und Fantasie. »Fantasie erweist sich als wirksame Möglichkeit, Realität zu verändern«, urteilt das ZDF und will uns das Buch näher bringen.

Wie weit Fantasie und Realität in der Wirklichkeit auseinanderstreben, lässt sich am Beispiel der SBG

Neumark fast täglich miterleben. »Auch die Zufriedenheit unserer Mitarbeiter und damit verbunden ein positives Arbeitsklima liegt uns am Herzen«, kann man in der Selbstdarstellung des Unternehmens im Internet nachlesen. Dies mag zwar ein guter Aufmacher für einen weiteren Bestseller eines Kinderbuchautors sein, mit der Realität hat das allerdings wenig

zu tun. Bis Redaktionsschluss weigerte sich die Geschäftsführung, verbindliche Regelungen für die zukünftigen Arbeitsbedingungen zu unterschreiben.

Deshalb haben sich die Kolleginnen und Kollegen auf den Mitgliederversammlungen am 6. April 2005 geschlossen hinter die Forderung nach einer tarifvertraglichen Regelung gestellt und wollen dem (zwar fantasievoll) im Notfall auch realistisch Nachdruck verleihen.

Außenstellen

- 2. Mai, 15.30 bis 17.30 Uhr: Rechtsberatung jeden Mittwoch von 13 bis 17 Uhr, IG Metall-Außenbüro Plauen, Martin-Luther-Straße 42,
- 19. Mai, 15.30 bis 17.30 Uhr: ABC-Altmarkt 9, Sprechstunde Nebenstelle Auerbach
- 10. und 24. Mai, 14 bis 18 Uhr: Büro Annaberg-Buchholz, Arbeitsamt Annaberg, Zimmer 127, Dresdner Straße 22,
- 26. Mai, 15.30 bis 17.30 Uhr: Haus der Vereine, Fritz-Ebert-Straße 25, Nebenstelle Reichenbach
- 4. und 18. Mai, 14 bis 17.30 Uhr: Lindenstraße 3, Nebenstelle Klingenthal
- jeden Donnerstag von 14 bis 17 Uhr, Ernst-Bauch-Straße 9 in Aue

Sprechstunden des Rentenversicherungsberaters:

Termine mit Karl-Heinz Madlung bitte telefonisch unter 037 61-80 42 40 vereinbaren. Er berät zur Rentenantragstellung, Kontenklärung und überprüft Rentenbescheide.

Fehlerteufel

Leider ist in der letzten Ausgabe ein Fehler aufgetreten: Richtige Bildunterschrift linkes Foto: Rosen für die Frauen der BBT Thermo-technik in Neukirchen.